

Weltchronik

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot**

Band (Jahr): **256 (1983)**

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weltchronik

vom 15. Mai 1981 bis 31. Mai 1982

Wiederum steht der Chronist vor einer grossen Fülle von Ereignissen und Entwicklungen auf der weltpolitischen Schaubühne, die ihm Sichtung und Auswahl schwer macht. In der allgemeinen Beurteilung der Berichtsperiode zeigt sich, dass sich die Spannungen zwischen den beiden Supermächten nochmals verschärft haben; so stark effektiv, dass nicht einmal noch die Folgekonferenz zur KSZE in Madrid – im Gegensatz zu derjenigen von Belgrad – mit einem normalen Arbeitsprogramm zu Ende geführt werden konnte.

Ganz allgemein hat sich das Klima zwischen Ost und West verschlechtert, weil man im Westen gewahr geworden ist, dass die Sowjetunion während der Entspannungsperiode ein Doppelspiel betrieben hat. Einerseits sind friedliche Absichten beteuert worden, andererseits sind hinter dem Rauchschleier der KSZE Rüstungsanstrengungen vorangetrieben worden, die etwa 13–15% des sowjetischen Sozialprodukts absorbieren und die schon vorhandene Überlegenheit an konventionellen Kriegsmitteln in Osteuropa auch noch auf die Raketen mit nuklearen Sprengköpfen ausgedehnt haben. Dagegen muss der Westen nun in aller Eile mit einer entsprechenden Verstärkung seiner eigenen Waffensysteme reagieren.

Aber auch der Schreckschuss des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan hat eine psychologische Langzeitwirkung gehabt, wie das die Führung im Kreml wohl kaum richtig in Rechnung gesetzt hatte. Die Ereignisse in Polen haben eine weitere Signalwirkung ausgeübt. Dazu kommen die klar ersichtlichen sowjetischen Aktivitäten der Subversion und Destabilisierung in Afrika und in Mittelamerika, die beweisen, dass das systematisch anvisierte Ziel der Sowjetunion die Beherrschung der ganzen Welt ist!

Auch das Nord-Süd-Verhältnis hat sich, trotz den Absichtserklärungen an der Konfe-

renz von Cancún, nicht wesentlich zum Besseren gewendet. Viele Entwicklungsländer stehen wegen der horrenden Ölpreise vor einer nicht mehr zu bewältigenden Schuldenlast, während einige wenige, die von der Öl-Bonanza als glückliche Besizende profitieren können, in unermesslichem Reichtum schwimmen, der ihnen nicht immer zum eigenen Heil gereicht.

* * *

In den technisch und industriell fortgeschrittenen Ländern zeigen sich vermehrt wirtschaftliche Krisenerscheinungen mit zunehmenden Arbeitslosenquoten, stagnierenden Investitionsraten, Konkursen, unnatürlich hohen Zinsraten und immer noch beträchtlicher Inflation. Auch die Budgetdefizite in den wichtigeren westlichen Industriestaaten vergrössern sich erschreckend, während die wirtschaftlichen Wachstumsraten fast allenthalben rückläufig sind.

Analogen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind übrigens auch die Länder mit zentral verwalteter Planwirtschaft ausgesetzt. Die Krise äussert sich bei diesen Staaten nach aussen darin, dass sie angesichts einer über Jahre hinweg zusehends aufgestockten Aussenverschuldung nicht mehr genügend Devisen aufbringen können, um den Zinsendienst ordnungsgemäss aufrecht erhalten und die fälligen Rückzahlungen machen zu können. Im Innern zeigt entweder ein kärgliches Rationierungssystem oder aber leere Regale in den Läden den wahren Stand der kommunistischen Wirtschaftsleistung an. Der permanente Warenhunger führt zu mangelndem Qualitätsbewusstsein in der Produktion. Das wirkt sich wiederum auf die Exportchancen negativ aus, indem die im freien Marktvergleich minderwertigen Güter selbst bei starken Preisnachlässen auf den westlichen Märkten nicht oder nur stockend abgesetzt werden können. Die Sowjetunion ist insofern noch in einer relativ günstigen Lage, als sie sich durch den Verkauf von Erdöl – bald auch von Erdgas – und durch die Veräusserung von Gold und begehrten Rohstoffen

aus dem Schatz des eigenen Untergrundes jederzeit Devisen verschaffen kann.

Dennoch ist die Versorgungslage auch in der UdSSR trotz aller ehrgeizigen Wirtschaftspläne eher noch schlechter geworden. Namentlich die Produktivität der sowjetischen Landwirtschaft ist und bleibt unterdurchschnittlich. Es fehlt der genügende individuelle Anreiz, auf den Kollektivfarmen Kosten und Nutzen zu verbessern. Auf den den Bauern zu gebilligten, eng begrenzten privaten Pflanzarealen wird pro Hektar bezeichnenderweise ein vielfacher Ertrag an Produkten herausgewirtschaftet! Das ist Beweis genug, dass die ständige Versorgungsmisere in Russland strukturell und organisatorisch bedingt ist: der Kollektivismus nach sowjetischem Muster versagt auf der Produktionsstufe total!

* * *

Wir wenden uns nunmehr dem Jahresverlauf im Konkreten zu. Auf der internationalen Szene heissen die Stichworte für die im Vordergrund stehenden grossen Ereignisse des Berichtjahres Polen und Falkland-Konflikt. Wir beginnen mit dem letzteren, der bei Abschluss dieser Zeilen noch im Gang ist.

Die *Falkland-Inseln* im südlichen Atlantik haben noch nie eine wichtige weltpolitische Rolle gespielt. Noch vor Jahresfrist hätte wohl niemand sich einfallen lassen, dass ausgerechnet diese öden und vom Sturmwind gepeitschten Inseln, auf denen bloss 1800 Einwohner britischer Abkunft als Schafzüchter leben, zu Kriegshandlungen um deren Besitz Anlass ge-

ben könnten. Dennoch ist dem seit dem 2. April 1982 so: An jenem Tag entwand nämlich die regierende Militärjunta Argentiniens mit einem überraschenden Coup diese Inselgruppe den hier seit 1833 ununterbrochen anwesenden Briten.

Es war bekannt, dass Argentinien auf diese

Inseln schon seit dem letzten Jahrhundert unter Berufung auf eine angebliche argentinische Rechtsnachfolge auf dem gesamten ehemals zur spanischen Kolonie Rio de la Plata gehörenden Territorialbestand einen Souveränitätsanspruch erhob. Die Briten wären im Zuge der Dekolonisierung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht abgeneigt gewesen, mit Argentinien hinsichtlich des künftigen völkerrechtlichen Status dieser Inseln zu einem Arrangement zu kommen.

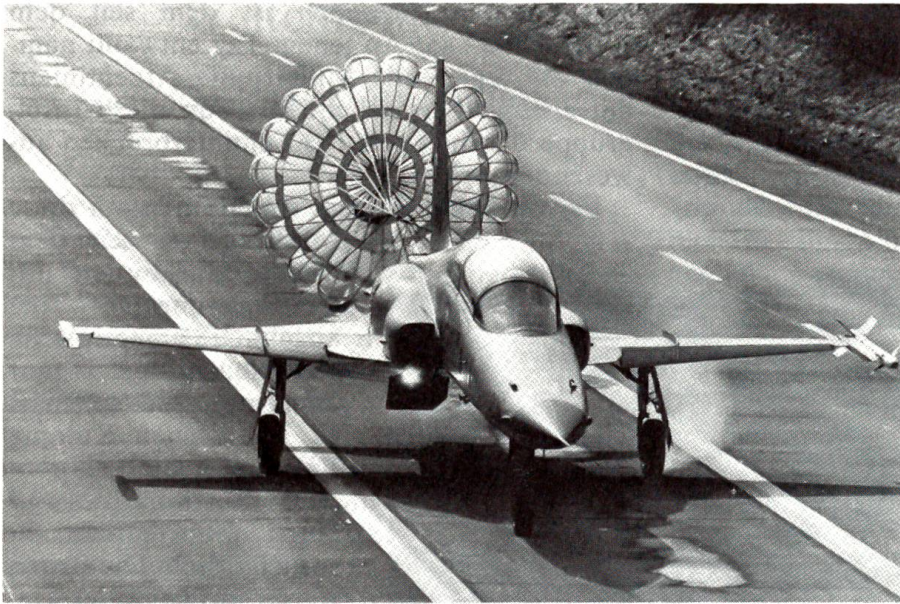
Für die britische Regierung stellte dieser Übergriff einen Affront dar, welcher im Hinblick auf die Möglichkeit, dass diese Art der Behändigung fremden Territoriums Schule machen

könnte, nicht reaktionslos hingenommen werden durfte. Die UNO stellte sich gegen den Aggressor, wobei sich allerdings bezeichnenderweise die Sowjetunion der Stimme enthielt; aber sie beschloss keine Sanktionen.

Mittlerweile war ein grösserer britischer Flottenverband nach dem Südatlantik ausgelaufen. Die erste Aufgabe dieser militärischen Expedition war die Rückgewinnung von Süd-Georgien, südöstlich der Falklands; und ihre zweite Aufgabe bestand darin, im Umkreis der umstrittenen Inseln eine Seeblockade durchzusetzen.



Dr. Fritz Honegger
Bundespräsident für das Jahr 1982
Foto Hansueli Trachsel, Bern



Erstmals landeten «Tiger»-Flugzeuge auf der Autobahn
Autobahnen können als behelfsmässige Landepisten dienen, was auch einmal geübt werden muss.

Foto Hansueli Trachsel, Bern

Hierauf folgte am 14. Mai 1982 die Landung der Briten auf der östlichen Hauptinsel bei San Carlos. Trotz mangelnder Luftherrschaft ist die britische Landeoperation geglückt. Der Brückenkopf konnte rasch ausgedehnt und gesichert werden für die Installation schwerer Waffen. Der Blut- und Materialpreis (vor allem Schiffe) der Briten ist, wie erwartet gross; aber er scheint keinen Einfluss auf die Erfolgsaussichten der militärischen Rückeroberung gehabt zu haben.

Die internationale Resonanz auf das plötzlich zu einem Drama gewordene operettenhafte Geschehen im Südatlantik ist unterschiedlich, und die längerfristigen Folgen sind noch nicht absehbar. Jene iberoamerikanischen Staaten, die jenseits ihrer Grenzen ihrerseits territoriale Ansprüche hegen, haben sich prompt mit der Sache Argentiniens solidarisiert. Die englischsprachigen Inselstaaten der Karibik sowie Guyana zeigen eher Verständnis für den britischen Standpunkt. Obschon dies die USA bei einigen ihrer Partner in der «Organisation der amerikanischen Staaten» Sym-

pathien kostet, hat sich die amerikanische Regierung nach dem Scheitern der Vermittlungsversuche praktisch an die Seite ihres Nato-Verbündeten gestellt. Die Sowjetunion spielt die Karte Argentiniens, das für sie als Getreidelieferant und Handelspartner wichtig ist. Daneben wird die alte Platte der Solidarität im Kampf gegen den «Kolonialismus» heruntergeleiert, der Grossbritannien als Besitzer der Falkland-Inseln (und anderer Restgebiete des ehemaligen Empire) diffamieren soll. Damit hat sich also auch in diesem Konflikt eine Konfrontation der

beiden Supermächte im Hintergrund ergeben! Schliesslich ist noch zu erwähnen, dass die EG-Staaten, allerdings mit zwei Ausnahmen, in Solidarität mit Grossbritannien gegen Argentinien befristete Wirtschaftssanktionen ausgesprochen haben, die bereits einmal verlängert worden sind.

* * *

Das zweite spektakuläre Ereignis des Berichtsjahres kam weniger überraschend. Es hatte schon viele Monate lang seine Schatten vorausgeworfen. Die innere Entwicklung in *Polen* mit der von einer patriotischen Welle getragenen freien Gewerkschaft «Solidarnosc» ging allzu rasch und allzu forsch in der Richtung einer allgemeinen Liberalisierung der Verhältnisse voran, als dass dies von der Sowjetunion hätte geschluckt werden können.

Es ist aber im nachhinein klar, dass sich die Sowjetunion mit den den Lehrsätzen des Marxismus-Leninismus widersprechenden pluralistischen Machtverhältnissen in Polen natürlich

nie hätte abfinden können. Spätestens, nachdem im Juli 1981 zum Parteitag der KP Polens eine freie Delegiertenwahl inszeniert worden ist, die einen Teil der alten Garde kaltstellte, waren in Moskau die Würfel zugunsten eines Revirements gefallen. Dieses Revirement sollte so aussehen, als ob es ausschliesslich in Polen selbst und von «nationalen Kräften» inszeniert worden sei. Am 18. Oktober trat Kania als Parteichef der KP zurück, offenbar weil er in der Parteiführung wegen allzu grosser Nachgiebigkeit gegenüber «Solidarnosc» den Rückhalt verloren hatte. Die Zeichen standen an der Wand: Kantias Nachfolger, General Jaruzelski, würde fortan die Chargen des Ministerpräsidenten, des Verteidigungsministers und des Parteichefs in Personalunion versehen! Jaruzelski handelte rasch: Am 13. Dezember veranstaltete er einen klassischen Militärputsch, in welchem er sich unter Ausrufung des Kriegsrechts zum Diktator Polens aufschwang, 5000 als oppositionell verdächtige Personen, darunter das Kader der Gewerkschaft «Solidarnosc», internierte und jede Gewerkschaftstätigkeit verbot.

Die Frage ist gegenwärtig noch offen, ob Jaruzelski im Auftrag Moskaus gehandelt hat, oder ob er sich im guten Glauben befand, durch einen eigenen Kraftakt seinem Land die drohende sowjetische Militärintervention zu ersparen. Eine zweite, ebenfalls noch unbeantwortete Frage ist, ob die stürmische Zuspitzung der Dinge auf eine entscheidende Konfrontation mit dem absoluten Machtanspruch des kommunistischen Staats von der Gewerkschafts-

bewegung bewusst angestrebt worden ist, oder ob es sich allenfalls mehr um eine spontane Radikalisierung der freiheitlichen Kräfte handelte, die dem Gewerkschaftsführer Lech Walesa und dem Primas von Polen, Erzbischof Glemp, endgültig aus den Händen glitt. Jedenfalls steht fest, dass unmittelbar vor der Ausrufung des Kriegsrechts die KP Sondervollmachten für die Regierung forderte, um «Solidarnosc» die Streikwaffe zu entwenden. Hierauf antwortete die Gewerkschaft unverzüglich mit der Androhung des Generalstreiks. Im Seilziehen um die Macht im Staat wäre demnach so oder so eine Entscheidung anfangs Dezember fällig gewesen.

Die Produktion ist im Berichtsjahr in Polen weiter zurückgegangen. Die allgemeine Wirtschaftskrise, die auf falsche Planung, Fehlinvestitionen, Verschwendung, Korruption und eine langjährige Vernachlässigung der Landwirtschaft in der Ära Gierек zurückzuführen



Dramatischer Augenblick

Im nächsten Moment stürzt dieser Helikopter auf das Dach des Institutes für Exakte Wissenschaften der Universität Bern ab. Flughelfer und Zuschauer flüchten, der Pilot wurde verletzt und der Helikopter schwer beschädigt. Der Unfall ereignete sich bei einem Transportflug für das erwähnte Universitätsinstitut.

Foto Hansueli Trachsel, Bern

ist, hat sich noch verstärkt. Die westliche Aussenschuld beträgt jetzt rund 29 Milliarden Dollar. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Lage noch viel schlimmer wäre, wenn nicht die Sowjetunion mit beträchtlichen Direktunterstützungen eingesetzt hätte.

Weiterhin im Brennpunkt des weltpolitischen Geschehens steht der *Nahe und Mittlere Osten*, wo jederzeit mit unvorhergesehenen, neuen Entwicklungen gerechnet werden muss. Es kann fast als ein Wunder angesehen werden, dass die wichtigsten Abmachungen von Camp David zwischen *Ägypten* und *Israel* trotz der nach wie vor ungelösten Frage des Status des besetzten Gebiets auf dem Westufer des Jordans, trotz der einseitig erklärten Annexion der Stadt Jerusalem und der Golanhöhen durch Israel und der wachsenden Verunsicherung, die sich aus der fortschreitenden Desintegration Libanons ergibt, eingehalten worden sind. Die Rückgabe der Sinai-Halbinsel an Ägypten ging programmgemäss vonstatten. Die ehemaligen Grenzen mit Ausnahme des Gaza-Streifens sind jetzt wieder hergestellt.

Die ungelöste Palästinenserfrage hat allerdings in Ägypten im Sommer 1981 etwelche interne Unrast ausgelöst. Präsident Anwar Sadat reagierte darauf ungewohnt scharf, indem er etwa 1500 unversöhnliche Opponenten im September verhaften liess. Es war ein Schock, dass Sadat am 6. Oktober anlässlich einer Truppenparade zur Feier der ägyptischen Überquerung des Suezkanals im Oktoberkrieg von 1973 von einer Gruppe von Armeeangehörigen in der Ehrenloge ermordet wurde. Abgesehen von einigen Unruhen in Assiut kam es nirgends im Land zu Wirren. Nachfolger Sadats wurde sein Vizepräsident Hosni Mubarak, der wie durch ein Wunder dem Massaker auf der Ehrentribüne heil entronnen ist. Mubarak hat seither die Versöhnungspolitik Sadats fortgesetzt, gleichzeitig aber eine vorsichtige Wiederannäherung an das Lager der gemässigten arabischen Staaten in die Wege geleitet. Das Verhältnis zu den USA ist herzlich geblieben. Das hinderte allerdings Mubarak nicht, einige Gesten in Richtung auf eine Normalisierung der Beziehungen mit der anderen Supermacht

zu machen. Im Innern macht Mubarak Anstrengungen, die erdrückenden Wirtschaftsprobleme in diesem wegen der Bevölkerungsexplosion ständig an Ort tretenden Entwicklungsland endlich in den Griff zu bekommen.

Der Krieg zwischen *Irak* und *Iran* ist im Frühjahr 1982 auf Grund von mehreren Offensiven Irans, die auf die Rückgewinnung der irakisch besetzten Gebiete vor allem am Schatt-el-Arab abzielten, wieder in ein aktiveres Stadium eingetreten. Bis Ende Mai 1982 haben die iranischen Truppen die ehemalige Grenze im



Korpskommandant Hans Wildbolz ist als Ausbildungschef der Armee zurückgetreten und wurde offiziell verabschiedet.

Foto Hansueli Trachsel, Bern

Südwesten zu erreichen vermocht und die Stadt Khorramshar zurückerobert.

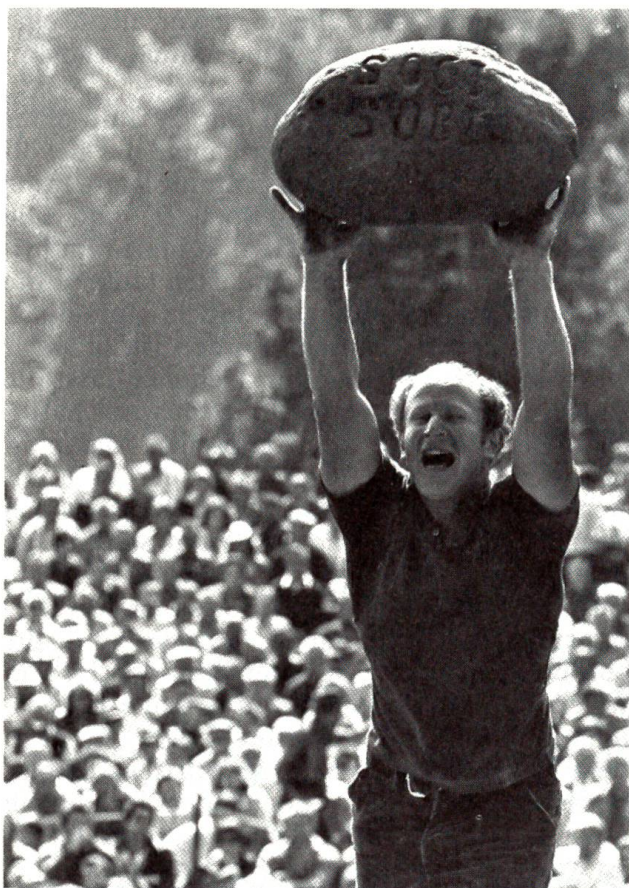
Während das Regime unter Saddam Hussein in Irak unter den militärischen Misserfolgen wankt, ist aber auch das Regime von Khomeini in Iran keineswegs so konsolidiert, dass nicht auch in Persien die innenpolitische Stabilität fragwürdig wäre. Die militärischen Erfolge an der Front gegen Irak mögen vorübergehend als starker nationaler Kitt wirken; aber ein Bombenanschlag auf die in Teheran versammelte Führung der islamisch-republikanischen Partei im Juni 1981, der 70 Tote unter den obersten Kaderleuten forderte, darunter auch den Tod von Ajatollah Beheshti, der Parteichef und zweite Mann im Regime Khomeinis, sowie die Ermordung des nach der Absetzung von Bani Sadr zum neuen Staatspräsidenten gewählten Ali Rajai am 30. August (nebst anderen Attentaten) ist kein gutes Omen. Das theokratische Regime hat sich allzu lange in blutiger «Abschreckungsjustiz» fast alle ehemaligen Bundesgenossen im Kampf gegen den Schah zu verschworenen Feinden gemacht.

* * *

In *Frankreich* haben im Juni 1981 die Sozialisten die absolute Mehrheit im Parlament errungen, was Präsident Mitterrand in die Lage versetzte, sein angekündigtes Regierungsprogramm ungehindert durch die Opposition durchzuführen. Es handelt sich um einen weiteren Ausbau des Sozialstaats einerseits, um die Verstaatlichung einer Reihe von Grossbanken und Industriekonzernen andererseits. Dadurch kam allerdings die französische Währung in einen Abwertungsstrudel, aus welchem sie auch mit Hilfe des europäischen Währungsabkommens nicht befreit werden konnte. Die Inflation hat neue Impulse bekommen, und die Zahl der Arbeitslosen stieg im ersten Jahr der Präsidentschaft Mitterrands auf rund zwei Millionen an. Aussenpolitisch steuerte Mitterrand, der Beteiligung von vier Kommunisten in der Regierung Mauroy zum Trotz, einen eher betonter westlichen Kurs als seine

drei Vorgänger. Auffallend ist vor allem eine gewisse auch praktische Wiederannäherung an die Nato.

In *Grossbritannien* fand am 29. Juli unter grosser und herzlicher Anteilnahme der Bevölkerung die Hochzeit des Thronfolgers Prinz Charles mit Lady Diana Spencer statt. Die grossen Erträge aus den Ölvorkommen im britischen Teil der Nordsee entlasten laufend die Zahlungsbilanz doppelt, indem praktisch Selbstversorgung erreicht worden ist, ja sogar Öl exportiert werden kann. Dennoch lässt die solide, langfristige Aufhellung im wirtschaftlichen Bereich trotz der energischen Massnahmen der Regierung Thatcher immer noch auf sich warten. Die Arbeitslosenzahlen sind noch einmal angestiegen, und das Pfund Sterling hat neuerdings wieder an Aussenwert verloren. Ein Lichtpunkt ist die stark gesunkene Inflationsrate. Nicht behoben worden sind die chronischen Schwierigkeiten mit der EG, in welche Grossbritannien, weil es seine Lebensmittelpporte von ausserhalb der EG nach dem bestehenden System der Aussenzollkompensation der EG gegenüber entschädigen muss, alljährlich Milliardenbeträge einschiess. Es wird von der britischen Regierung als ungerecht und widersinnig betrachtet, dass Grossbritannien als finanziell eher schwacher Partner gehalten sei, auf diese Weise die Landwirtschaft von stärkeren Partnern mit enormen Beiträgen zu subventionieren. In militärpolitischer Beziehung hat die Regierung Thatcher einen folgeschweren Entscheid getroffen: inskünftig wird die konventionelle Flotte zugunsten neuer Trident-Unterseeboote, die bei einem nuklearen Angriff als Kernwaffenträger für einen eventuellen Gegenschlag eingesetzt werden sollen, stärker abgebaut. Für beides reichen die Mittel des Staatsbudgets nämlich nicht aus. Im Parteienspektrum hat sich eine Verschiebung durch die Abspaltung einer neuen Sozialdemokratischen Partei (SDP) von der Labour-Partei ergeben. Die neue Partei hat eine Allianz mit den Liberalen geschlossen; doch wirkt sich die neue Konstellation zunächst im Sinne einer Stärkung der konservativen Regierungspartei aus, die vorübergehend



Unspunnenfest in Interlaken 1981

Der ganze Anlass war erneut ein Grosse Erfolg. Unser Bild zeigt Josef Küttel aus Vitznau, der den 83,5 kg schweren Unspunnenstein auf die neue Rekordweite von 3,61 Meter stiess.

Foto Hansueli Trachsel, Bern

zudem auch vom nationalen Konsens über die britische Haltung im Falkland-Konflikt profitiert. Zu vermerken ist noch, dass Grossbritannien im September seine Kolonie Belize (früher: Britisch-Honduras) in Zentralamerika in die Unabhängigkeit entlassen hat. Allerdings ist wegen der Beanspruchung dieses Gebiets durch das Nachbarland Guatemala vorläufig dem neuen Staat eine weitere britische Truppenpräsenz zu Verteidigungszwecken zugestanden worden.

In der *Bundesrepublik Deutschland* zeichnen sich ernsthaftere Abnützungerscheinungen

sowohl bei der an der Regierungsmacht befindlichen SPD wie auch in der Koalition zwischen dieser und der FDP ab. Die innenpolitischen Schwierigkeiten sind mit der gegenüber vorher sehr viel weniger befriedigenden Wirtschaftslage sowie mit einer weiter um sich greifenden Abwehrreaktion gegen die grosse Zahl ausländischer Arbeitskräfte in der BRD verbunden. In der Aussenpolitik lavierte die Bundesregierung zwischen ihrer traditionellen Loyalität gegenüber der Nato und namentlich dem amerikanischen Verbündeten und einer gewissen Sonderstellung in den Beziehungen mit dem Osten. Diese sollen im Hinblick auf das deutsch-deutsche Verhältnis und im Hinblick auf das sowjetische Erdgas-Geschäft, welches für gewisse Industrien von etwelcher konjunkturpolitischer Bedeutung ist, nicht allzu stark gefährdet werden. Gegen das Nachziehen der BRD bei wirtschaftlichen Sanktionen meldeten sich deshalb gewichtige Einwände. Andererseits hat sich Bundeskanzler Schmidt auch anlässlich eines Besuchs von Breschnew in Bonn nicht davon abbringen lassen, zur Wiederherstellung des verlorengegangenen militärisch-strategischen Gleichgewichts bei der sog. Nachrüstung der Nato (Plazierung neuer Mittelstreckenraketen zur Konterung der gleichartigen sowjetischen Bedrohung mit SS-20-Raketen mit nuklearen Mehrfachsprengköpfen) Hand zu bieten. Daran vermochten auch die von Friedensbewegungen verschiedener Couleur aufgezogenen Grossaufmärsche, die zumeist einseitig gegen die westliche Nachrüstung, aber nicht auch gegen die neuen sowjetischen Raketenpositionen Front machten, nichts zu ändern.

In *Italien* ist es endlich gelungen, im Kampf gegen die Terroristen von links und rechts besser durchzugreifen. Nach der Entführung des amerikanischen Nato-Generals Dozier, der schliesslich von der italienischen Polizei in einem erfolgreichen Überraschungscoup befreit werden konnte, folgte der Zusammenbruch mehrerer Terroristennetze. Die italienische Methode, Straftätern nach ihrer Verhaftung, wenn sie mit der Polizei rückhaltlos zusammenarbeiten, Straferleichterungen zu gewäh-

ren, hat sich gut bezahlt gemacht: Dutzende von lange gesuchten Verbindungsleuten und Führern mehrerer Terroristenorganisationen sind inzwischen unschädlich gemacht worden. Es scheint, dass der Zenith des politischen Terrors in Italien überschritten ist und die Gefahr der Destabilisierung von Gesellschaft und Staatsapparat von dieser Seite bald einmal gebannt sein wird. Hand in Hand damit waren Bemühungen zu verzeichnen, der Korruption und Disziplinlosigkeit in der Beamtenschaft Herr zu werden. Der «Skandal des Jahres» war die Entlarvung von illegalen Machenschaften einer Freimaurerloge, welcher auch sehr hoch gestellte Persönlichkeiten aus Armee und Regierung angehört hatten. Die Folge war die Demission der Regierung Forlani Ende Juni 1981. Hierauf ist zum ersten Mal seit 1945 nicht ein Angehöriger der Christlich-Demokraten, sondern ein Angehöriger der Republikanischen Partei, Giovanni Spadolini, Ministerpräsident geworden. Die Kommunisten haben inzwischen an politischem Einfluss verloren; vom sog. «historischen Kompromiss», d.h. einer Koalition zwischen Christlich-Demokraten und Kommunisten, spricht kaum mehr jemand. Unter Berlinguer haben sich übrigens die italienischen Kommunisten von allen Bindungen an Moskau losgesagt.

* * *

In zwei europäischen Staaten veränderten sich die Parlamentsmehrheiten auf Grund von Wahlen, nämlich in *Norwegen* von links nach rechts und in *Griechenland* von rechts nach links. In Norwegen ging im September die so-

zialistische Ära zu Ende. Der Konservative Kare Willoch wurde Ministerpräsident. In Griechenland musste im Oktober die von Karamanlis seinerzeit nach dem Fall der Militärjunta zum Erfolg geführte «Nea Dimokratia» durch einen politischen Erdrutsch zugunsten der Sozialisten unter Papandreou das Heft in Parlament und Regierung aus der Hand geben. Vorübergehend schien es, als ob Griechenland unter Papandreou sein Verhältnis zur Nato und EG lockern wolle; doch ist nachher kein konkreter Schritt in dieser Richtung eingeleitet worden, wenn man von gewissen Vorbehalten Griechenlands zu einem Beitritt *Spaniens* zur Nato absieht. Über diesen Beitritt ist im Dezember ein Protokoll zwischen der Nato und Spanien abgeschlossen worden.

Schliesslich ist noch ein wichtiges staatsrechtliches Ereignis in *Kanada* zu erwähnen. Nach langwierigen Verhandlungen ist unter der Ägide von Ministerpräsident Trudeau eine neue kanadische Staatsverfassung aus der Taufe gehoben worden, welche die immer



Italiens Staatsoberhaupt besucht die Schweiz

Staatschef S. Pertini stattete der Schweiz einen Besuch ab. Unser Bild zeigt eine stürmische Begrüssung des Gastes durch Landsleute vor der Casa d'Italia in der Berner Länggasse.

Foto Hansueli Trachsel, Bern

noch geltende British North America Act von 1867 des britischen Parlaments ablöst und aus Kanada, das allerdings bereits seit 1931 über die volle Souveränität verfügt, einen föderativen Staat eigenen Rechts macht. Im April unterzeichnete Königin Elisabeth II. in Ottawa die neue kanadische Constitution Act von 1982. Durch die neue Verfassung nicht bereinigt worden sind die Differenzen mit der französischsprachigen Provinz Quebec, weil ihr unter dem neuen Verfassungsregime das traditionelle Vetorecht abgesprochen worden ist. In dieser Frage soll noch ein Urteil des höchsten Gerichts von Kanada erwirkt werden.

* * *

Die *Schweiz* ist einmal mehr viel besser über die Runden gekommen als die anderen Industrieländer des Westens. Allerdings wird für 1982 mit einer Abnahme des Bruttosozialprodukts um 0,5% gerechnet, während die entsprechende Zahl im Vorjahr noch mit 1,4% positiv ausgefallen war. Die Inflationsrate lag 1981 mit 6,5% für schweizerische Verhältnisse ziemlich hoch, doch scheint sie sich 1982 zurückzubilden auf ungefähr 5%.

Es war im übrigen ein starker Zinsschub zu verzeichnen, der auch die politisch immer brisanten Hypothekarzinsen neuerdings nach oben getrieben hat. Das allgemeine Anziehen der Zinsen hing zu einem guten Teil von den sehr viel günstigeren Anlagebedingungen auf ausländischen Kapitalmärkten, vorab in den USA, ab. Da die Zinssätze in der Schweiz im Vergleich unverhältnismässig niedrig gewesen sind, erfolgten viele besser rentierende Anlagen im Ausland. Dies bereitete den schweizerischen Bankinstituten zunehmende Schwierigkeiten bei ihrer Geldbeschaffung. Die Sparquoten sind enorm zurückgefallen, so dass die Banken sich gezwungen sahen, attraktivere Zinsen zu bieten. Die Zinserhöhung der Banken in ihrer Eigenschaft als Schuldner liess indessen die Marge der Banken bei den hauptsächlich aus Spargeldern und Kassaobligationen gespiesenen Hypotheken so stark zusammenschrumpfen, dass neuerdings eine Hypothekarzinserhöhung unumgänglich wurde. Diese ist trotz des beträchtlichen politischen Gegendrucks konsequent durchgezogen worden. Im Frühjahr 1982 zeigte sich wegen grösserer ausländischer Geldzuflüsse eine Entspannung der Zinssituation mit ersten Anzeichen, dass gelegentlich eher wieder eine entgegengesetzte Entwicklung einsetzen könnte.

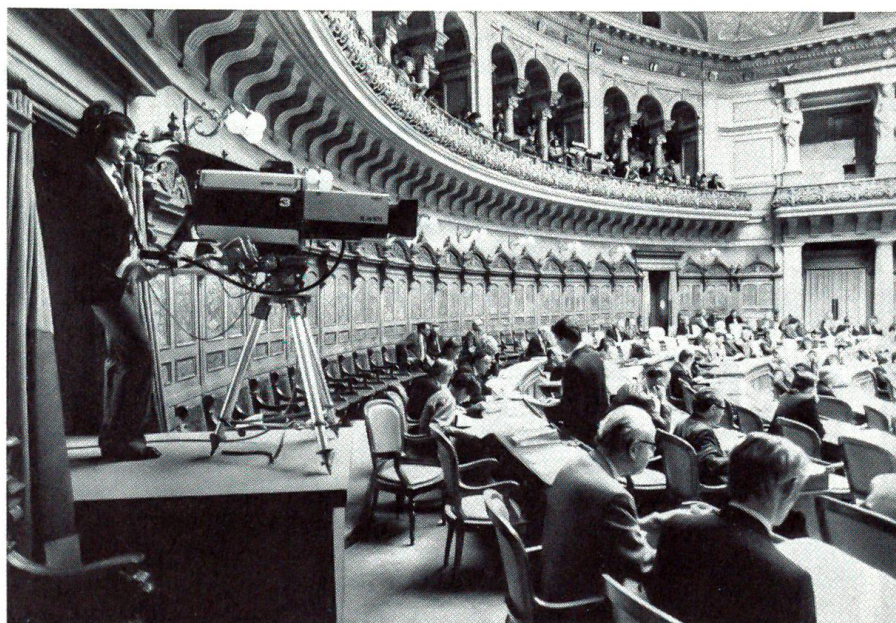
Inflationsraten und Arbeitslosenquoten

Länder	Inflationsraten		Arbeitslosenquoten	
	1981	1982 ¹	1981	1982 ¹
	Jahresdurchschnitt in Prozenten			
BR Deutschland	5,9	5,0	5,5	7,0
Frankreich	13,3	13,5	7,7	8,5
Grossbritannien	11,8	10,5	10,5	12,5
Italien	19,4	16,0	8,4	9,0
Kanada	12,4	11,0	7,8	8,3
Japan	4,9	5,0	2,2	2,2
Schweiz	6,5	5,0	0,2	0,3
USA	10,0	7,5	7,5	8,5

¹ Schätzungen OECD nationale Quellen, SBG.

Von einer eigentlichen Rezession kann generell in der Schweiz noch nicht gesprochen werden. Krisenhafte Erscheinungen sind allerdings in Branchen aufgetreten, die von Strukturproblemen heimgesucht werden, so beispielsweise in der Uhrenindustrie. Immerhin bereiten zwei Entwicklungen Sorgen: wenn ein Umsatzwachstum zu verzeichnen war, so ging dieses oft Hand in Hand mit Ertragsschmälerungen; und der Auftragsbestand hat in einigen besonders exportintensiven Branchen stark abgenommen. Die zunehmenden Schwierigkeiten schlugen sich auch im Stand der Beschäftigung deutlich, wenn auch vorderhand mehr nur in einer signifikanten Zunahme der Teilzeitarbeit und noch nicht in voller Arbeitslosigkeit nieder. Diese letztere ist nur von 0,2 auf nunmehr 0,3% angestiegen, was im Vergleich zu den Arbeitslosenzahlen in den anderen Industriestaaten (Grossbritannien: 12,5%; USA: 8,5%) allerdings als ziemlich bedeutungslos erscheint. Aber die Zuversicht, dass die Schweiz auch fernerhin von den rezessiven Tendenzen im Ausland abgeschottet werden könne, ist einem gewissen Pessimismus gewichen.

Auch im Berichtsjahr standen die prekären Bundesfinanzen im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit. Es ging vor allem um die Verlängerung der Finanzordnung des Bundes, auf welcher mehr als die Hälfte aller Bundes-einnahmen beruht. Am 29. November ist die neue Finanzordnung, obschon sie gleichzeitig mit einer Erhöhung der Warenumsatzsteuer gekoppelt worden war, vom Schweizervolk genehmigt worden. Im Zusammenhang mit die-



Fernsehen total im Nationalrat

Die Beratungen zum neuen Umweltschutzgesetz wurden vom Schweizer Fernsehen in der ganzen Länge direkt übertragen.

Foto Hansueli Trachsel, Bern

ser wichtigen Volksabstimmung geriet Bundesrat Ritschard nachträglich in ein gewisses Zwielicht. Seit längerer Zeit hatte er als besorgter Finanzminister unentwegt wahre Jeremiaden von sich gegeben, so auch im unmittelbaren Vorfeld dieser Abstimmung. Es sollte sich nachher herausstellen, dass die Rechnung des Bundes für 1981 gegenüber dem Budget um eine volle Milliarde besser abschloss. Wegen unerwartet hoher Fiskaleinnahmen, namentlich im Bereich der Verrechnungssteuer, blieb im letzten Jahr lediglich noch ein Defizit von 173 Millionen stehen! Bundesrat Ritschard konnte sich allerdings vom Vorwurf, in unredlicher Schwarzmalerei gemacht zu haben, reinwaschen, weil der Windfall der «gefundenen Milliarde» ihm zur Zeit der Abstimmungskampagne noch gar nicht bekannt sein konnte. Die Rekordablieferungen an Verrechnungssteuern erfolgten nachgewiesenermassen erst im letzten Quartal 1981 und zumal in den Monaten November und Dezember.

Indessen hat die «gefundene Milliarde», die in der Rechnung 1982 des Bundes nochmals



Grossbrand in Huttwil
Das bekannte Hotel «Mohren» wurde ein Raub der Flammen.
Photo Max Füre, Bern

neuen Steuern auf den grossen Brocken der Treibstoffzölle verlegt. Die Gefahr besteht, dass nun der Tanz der Begierlichkeiten wieder voll einsetzt, bevor die Bundesfinanzen längerfristig ins Gleichgewicht gebracht worden sind.

* * *

In der Berichtsperiode haben nur zwei eidgenössische Urnengänge stattgefunden. Ausser der bereits vorstehend erwähnten Volksabstimmung über die Finanzordnung gab es am 14. Juni noch einen Urnengang zu zwei neuen Verfassungsartikeln. Sowohl der Verfassungsartikel

über gleiche Rechte für Mann und Frau wie auch der Konsumentenartikel, der dem Bund ein gewisses Mass von Konsumentenschutz zur Pflicht macht, sind vom Souverän mit deutlichem Mehr angenommen worden. In der Junisession der eidgenössischen Räte wählte die Vereinigte Bundesversammlung als Ersatz für den zurückgetretenen Bundeskanzler Karl Huber (CVP) den bisherigen Vizekanzler Walter Buser (SP) zum neuen Bundeskanzler. Buser ist der erste Sozialdemokrat, der dieses wichtige Amt versieht. An die Stelle Busers rückte, vom Bundesrat gewählt, Achille Casanova, langjähriger Bundeshausjournalist und aus dem Tessin stammend, als neuer Vizekanzler nach. In der Dezembersession wurde die bisherige Vizepräsidentin des Nationalrats, Hedi Lang (SP, Zürich), mit ehrenvollen 162 Stimmen anstelle von Laurent Butty (CVP, Fribourg) zur neuen Ratspräsidentin erkoren. Zum neuen Vizepräsidenten ist Franz Eng (FDP, Solothurn)

ein Pendant mit einem Plus von mindestens 500 Millionen gegenüber dem Budget finden wird, den Eindruck erweckt, dass es um die Bundesfinanzen nicht gar so arg bestellt sei und dass man die Bemühungen um dringliche Sanierungsmassnahmen eigentlich ganz gut etwas zurückstecken könne. Diese Schlussfolgerung ist falsch und gefährlich. Die ein- oder zweimal verbesserten Rechnungen des Bundes beruhen nämlich auf ganz besonderen, gewissermassen zufälligen Umständen und keineswegs auf irgendwelchen dauernden Veränderungen der Komponenten der Bundesfinanzen. Der Patient erlebt eine vorübergehende Besserung seines Zustands, ohne dass aber die Ursachen seiner Krankheit zum Tode im mindesten behoben worden wären! Das politische Hauptinteresse hat sich in der Zwischenzeit unglücklicherweise bereits merklich von der Totalität des Sanierungsprogramms mit einem weiteren, vor allem die Subventionenströme abbauenden Sparpaket und einer Reihe von

gewählt worden. Der Ständerat wählte den Obwaldner Jost Dillier (CVP) zum neuen Präsidenten, Walter Weber (SP, Solothurn) zum neuen Vizepräsidenten. Dillier sollte allerdings nur während eines halben Jahres die Ständekammer präsidieren. An der Obwaldner Landsgemeinde im Frühjahr wurde nämlich Dillier überraschend als Ständevertreter Obwaldens nicht wieder bestätigt, was automatisch den Präsidentenstuhl im «Stöckli» verwaisen liess. Dillier galt auf Bundesebene als ein tüchtiger Politiker und umsichtiger Ratspräsident. Das Scherbengericht ereilte ihn in seinem Heimatkanton dennoch nicht ganz zufällig. Schon die Feier in Obwalden anlässlich seiner Wahl zum Ständeratspräsidenten im Dezember hatte erkennen lassen, dass Dillier bei vielen seiner Mitbürger nicht eben sehr beliebt gewesen ist. Es wurde ihm von vielen Leuten Hochmut und mangelnde Konzilianz sowohl in privaten Belangen wie auch in der kantonalen Politik nachgesagt. Nachfolger Dilliers als Ratspräsident sollte Ständerat Dreyer (CVP, Fribourg) werden.

Der Turnus der Besetzung der Charge des Bundespräsidenten fiel diesmal auf Bundesrat Fritz Honegger (FDP), der Bundesrat Furgler anfangs 1982 nachfolgte. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte Honegger in der Dezembersession mit der sehr hohen Stimmenzahl von 210 Stimmen zum neuen Bundespräsidenten. Mit grösserer Spannung sah man jedoch der Wahl des Vizepräsidenten entgegen. Der üblichen Reihenfolge gemäss war Bundesrat Pierre Aubert Kandidat. Aubert hatte anlässlich der Wiederwahl des Bundesrats die Klippe des absoluten Mehrs nur ganz knapp überschritten und war nachher überdies vom Präsidenten seiner Partei (SP), Hubacher, schwer angegriffen worden. Es hing somit ein Quentchen Ungewissheit über dieser Wahl. Indessen wurde Aubert, weil man insbesondere im bürgerlichen Lager den Querelen aus der Küche Hubachers keine Unterstützung angedeihen lassen wollte, mit einem geradezu erstaunlich guten Resultat zum Vizepräsidenten gewählt. Das ist nicht ohne sichtbaren Einfluss auf das Selbstvertrauen des Gewählten geblie-

ben. Aubert hat damit politisch wieder festen Boden unter die Füsse bekommen, was ihm in der Führung seines Departements und in seinen Auftritten nach aussen seither sehr zusetzen gekommen ist.

* * *

Auf den 1. Juli ist in der Schweiz das Obligatorium für das Tragen von Sicherheitsgurten in Automobilen und von Helmen beim Motorradfahren in Kraft getreten. Auf den 1. Januar sind die AHV/IV-Renten um 12,7% erhöht worden. Die Botschaft des Bundesrates, mit welcher er dem Parlament den Beitritt der Schweiz zur UNO beantragt, ist jetzt endlich kurz vor Weihnachten 1981 erschienen. Der Bundesrat hat auch konkrete Vorschläge für die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen veröffentlicht. Nach einer diesem Thema gewidmeten Sondersitzung hat der Bundesrat beschlossen, die Bestrebungen für eine Totalrevision der Bundesverfassung fortzusetzen, nachdem inzwischen für einige der am meisten umstrittenen Teile des Expertenentwurfs Varianten ausgearbeitet worden sind und einige Revisionspunkte, die zum vornherein keine Chancen haben, fallen gelassen worden sind. Er hat auch entschieden, dass kein Verfassungsrat berufen werden soll, sondern dass die Ausarbeitung der definitiven Vorlage für eine Totalrevision dem Parlament übereignet werden soll.

* * *

Das Jahr 1981 war das Jubiläumsjahr des Eintritts von Freiburg und Solothurn in den Bund der Eidgenossen sowie des Stanser Verkommnisses, das diesem Ereignis im Jahre 1481 unmittelbar vorausgegangen war und die Aufnahme weiterer Kantone in den Bund recht eigentlich erst ermöglichte. Aus diesem Anlass wurden eindrucksvolle Gedenkfeiern veranstaltet. Im September fand wieder einmal das traditionelle Trachten- und Alphirtenfest auf der Unspunnenwiese bei Interlaken statt.

Bei diesem Anlass ist der 83,5 kg schwere Unspunnenstein von einem Innerschweizer 3,61 m weit gestossen worden, was einen neuen Rekord darstellt. Eine grosse öffentliche Manifestation anderer Art fand am 5. Dezember in Bern statt, wo schätzungsweise 30 000 zumeist junge Menschen aus der ganzen Schweiz zusammenströmten, um eine «Friedensdemonstration» abzuhalten.

In die Berichtsperiode fallen auch zwei Staatsbesuche. Vom 18. bis 20. Mai 1981 weilte der italienische Staatspräsident Pertini als Gast der Eidgenossenschaft in der Schweiz, vom 7. bis 10. September der österreichische Bundespräsident Kirchschräger. Hingegen musste ein vorgesehener Besuch von Papst Johannes Paul II., der – abgesehen von einem kurzen Besuch Papst Paul VI. beim Internationalen Arbeitsamt in Genf – zum ersten Mal das Oberhaupt der katholischen Kirche in die Schweiz geführt hätte, wegen der Folgen des verbrecherischen Attentats vom 13. Mai 1981 im Vatikan abgesagt werden. Man ist übereingekommen, dass der Papst zu einem späteren Zeitpunkt als offizieller Gast der Landesregierung in der Schweiz empfangen werden wird.

* * *

Im *Kanton Bern* fand am 14. Juni die Volksabstimmung über die von der SP lancierte sog. Atomschutzinitiative statt, für und gegen welche eine bewegte Kampagne geführt wurde. Die sich am Urnengang beteiligenden 175 000 bernischen Stimmbürger produzierten eine äusserst knappe Mehrheit zugunsten der Vorlage: Die Differenz betrug bloss 760 Stimmen! Damit ist im Kanton Bern ein Mitspracherecht des Volkes bei den Vernehmlassungen der Regierung in mit Atomanlagen zusammenhängenden eidgenössischen Fragen ermöglicht worden, indem dagegen das Referendum ergriffen werden kann. Es handelt sich um eine Ausdehnung des Referendumsrechts auf Regierungshandlungen, also um Mitsprache des Souveräns ausserhalb des Bereichs der Rechtsetzung. Das kann entweder als «systemwidrige Ausdehnung der Volksrechte» oder als «rich-

tungsweisende Neuerung im Staatsrecht» betrachtet werden, je nach dem Standpunkt, von welchem aus das Fazit dieser Abstimmung betrachtet wird. In anderen Kantonen vermochte freilich das «Berner Modell» dieser neuen Art von «Volkskontrolle» nicht zu verfangen; entsprechende Initiativen sind dort abgelehnt worden, so kürzlich auch im benachbarten Kanton Solothurn.

Am 27. September kam es zu einem dreifachen kantonalen Volksentscheid. Der erste Gegenstand dieses Urnengangs war die Anpassung des Gesetzes über die politischen Rechte oder konkret die Verankerung der neuen Wahlkreise im Gesetz. Diese Vorlage wurde mit 65 000 gegen 30 000 Stimmen deutlich angenommen. Fortan werden die kleinen und mittelgrossen Amtsbezirke als Wahlkreise zu grösseren Wahlkreisverbänden zusammengeschlossen, was dazu führt, dass bei der Mandatsverteilung alle innerhalb der einzelnen Wahlkreisverbände abgegebenen Stimmen ins Gewicht fallen. Mit überwältigendem Mehr, nämlich mit 85 000 Ja-Stimmen gegen nur 13 000 Nein-Stimmen, ist gleichentags der Ausbau des Alters- und Versorgungsheims Kühlewil vom bernischen Volk gebilligt worden. Bei der dritten Abstimmungsvorlage handelte es sich um die Umfahrungsstrasse Ranflüh, die den Dorfkern mehrerer Dörfer im Emmental vom Durchgangsverkehr entlasten soll. Es war das erste Mal, dass im Kanton Bern über einen einzelnen Strassenbaukredit abgestimmt wurde. Dieser wurde ganz knapp, nämlich mit 48 000 befürwortenden gegen 47 000 ablehnenden Stimmen, gutgeheissen.

Mit nicht geringer Spannung schaute man im Kanton Bern auf das Wahljahr 1982, sollten doch am 25. April der Regierungsrat und der Grosse Rat gewählt werden. Die Sitzzahl im Grossen Rat war wegen des Abgangs der Vertreter der nordjurassischen Amtsbezirke, die im Zuge der Gründung des Kantons Jura aus dem bernischen Staatsverband ausgeschieden sind, vorübergehend von 200 auf 186 zusammengeschmolzen, sollte aber anlässlich der Wahlen von 1982 wieder auf den Stand von 200 erhöht werden. Das bedeutete, dass auf ein

verringertes Territorium des Kantons gleich viele Sitze wie vorher verteilt wurden. Daraus ergaben sich zahlenmässige Verschiebungen bei den Wahlergebnissen, die bei der Würdigung von Sitzgewinnen oder -verlusten der einzelnen Parteien natürlich berücksichtigt werden müssen.

Aus diesen Wahlen gingen die FDP und die SVP eindeutig als Nettogewinner hervor, während die SP – trotz der 14 neu zu verteilenden Mandate – nicht nur keinen Sitz gewinnen konnte, sondern vielmehr sogar noch einige der bisherigen Sitze einbüsste. Gewonnen haben die FDP (+6 Sitze), SVP (+4 Sitze), EVP und Nationale Aktion (je +3 Sitze), die Demokratische Alternative (+2 Sitze) und die CVP (+1 Sitz); verloren hat die SP (–3 Sitze) und LdU und «Junges Bern» (je –1 Sitz). Die drei grössten Parteien im Grossen Rat zeigen nunmehr folgendes Bild: SVP 78 Sitze (bisher 74), SP 52 Sitze (bisher 55) und FDP 42 Sitze (bisher 36). Zu vermerken ist noch, dass die Separatisten im Berner Jura ihre Vertretung im Grossen Rat nicht zu vermehren vermochten und weiterhin mit 3 Mandaten vertreten bleiben. Insgesamt 58 bisherige Grossräte haben sich entweder nicht zur Wiederwahl gestellt oder sind nicht gewählt worden. Dies, zusammen mit den 14 neu verteilten Mandaten, bedeutet, dass der Grosse Rat um etwas mehr als einen Drittel seines Bestandes erneuert worden ist. Die Regierungswahlen brachten weder Überraschungen noch Veränderungen. Drei Kandidaten versuchten in die bisherige Verteilung einzubrechen, nämlich je ein Vertreter des Landesrings und der Poch sowie der den Kommunisten nahestehende Separatist Crevoisier aus Moutier. Sie blieben so erfolglos, dass man



Jubiläums-Anker-Ausstellung in Ins
Dieser Ausstellung zum 150. Geburtstag des Malers war im Sommer 1981 ein grosser Publikumserfolg beschieden. Foto Hansueli Trachsel, Bern

im nachhinein nicht einmal von «Sprengkandidaten» sprechen kann. Das beste Resultat erzielte Regierungsrat Werner Martignoni (SVP) mit 146 749 Stimmen, verhältnismässig dicht gefolgt von allen anderen bürgerlichen Regierungsräten; während die drei Regierungsräte der SP allesamt unter der Schwelle von 90 000 Stimmen blieben, machte der am wenigsten erfolgreiche bürgerliche Kandidat in der Wiederwahl, Bernhard Müller (SVP), immer noch solide 129 302 Stimmen! Es zeigt sich, dass die fortschreitende Polarisierung in den letzten Jahren der SP keine Vorteile, sondern nur Nachteile gebracht hat, eine Feststellung, welche übrigens nicht nur für Bern gilt.

In bezug auf die Auseinandersetzungen im Jura zeigte sich im Berichtsjahr eine weitere Normalisierung des Verhältnisses zwischen dem Kanton Bern und dem Kanton Jura. Der Angriffsgeist der Separatisten im Berner Jura scheint angesichts des kompakten und entschlossenen Widerstands der berntreuen Bevölkerung, aber auch wegen schwerer interner Zerwürfnisse im «Rassemblement jurassien» um den Führungsstil von Roland Béguelin weniger ausgeprägt zu sein als noch vor wenigen

Jahren. Fast unbemerkt ist das Gesetz des Handelns mehr auf die Seite der Bernstreuen und ihrer Organisationen übergegangen. Ungelöst ist immer noch das Schicksal der gegen ihren Willen beim Kanton Bern gebliebenen Gemeinde Vellerat und der nicht weniger gegen ihren Willen zum Kanton Jura geschlagenen deutschsprachigen Gemeinde Ederswiler an der Landesgrenze. Die Jura-Delegation der bernischen Regierung hat einmal mehr das Verfahren präzisiert, das für den Anschluss von Vellerat an den Kanton Jura einzuhalten ist. Die Abtretung der Gemeinde bedürfe aus Verfassungsgründen einer kantonalen Volksabstimmung. Dazu käme noch eine eidgenössische Volksabstimmung, weil es sich nach Auffassung des Bundesrats auch um eine materielle Änderung der Bundesverfassung handelt. Der Kanton Bern hat 1981 einen Verfahrensvertrag zwischen den beiden Kantonen vorgeschlagen, darauf aber noch keine Antwort erhalten, weil eine parlamentarische Kommission im Kanton Jura ihre diesbezüglichen Arbeiten noch nicht abgeschlossen hat. Die bernische Auffassung ist, «dass es sinnvoll wäre, wenn Volk und Stände über die Fragen Vellerat, Ederwiler und allenfalls Laufental in einem einzigen Urnengang entscheiden könnten, da es sich bei allen drei um letzte Konsequenzen des Verfahrens handelt, das der bernische Verfassungszusatz vom 1. März 1970 vorsah». Bern strebt nicht einen Gebiets- oder Bevölkerungsabtausch an, sondern eine Gleichbehandlung der Einwohner von Ederwiler mit jenen von Vellerat. Im Laufental steht die entscheidende Abstimmung über einen Anschluss an den Kanton Baselland noch aus; es haben im Berichtsjahr aber dennoch bereits Kontakte zwischen Bern und Liestal stattgefunden, um allfällige Übergangslösungen ins Auge zu fassen. Am Comptoir Suisse 1981 in Lausanne war der Kanton Bern Gastaussteller, wobei auch ein Berner Umzug durch die Stadt veranstaltet wurde. Beides hat bei den welschen Miteidgenossen bemerkenswerten «Goodwill» für Bern geschaffen. Im gleichen Sinne wirkte eine Pressereise für Chefredaktoren der deutschen Schweiz und Journalisten der welschen

Schweiz, denen der Kanton Bern vor Augen geführt worden ist. Am 9. November hielt der Grosse Rat eine Festsitzung zum Jubiläum der bernischen Staatsverfassung von 1831 ab. Bei dieser Gelegenheit wurde als Jubiläumsgabe ein Wappenbuch abgegeben, dass die nunmehr heraldisch bereinigten Wappen sämtlicher bernischen Gemeinden enthält. Das bernische Obergericht konnte seinerseits am 20. November das Jubiläum seines 150jährigen Bestehens begehen. Am 5. November erfolgte die Eröffnung der Teilstrecke Bern-West bis Galmiz auf der N 1 in Richtung Murten-Yverdon, wodurch neuerdings 17 km Autobahn im Umkreis der Stadt Bern mehr zur Verfügung stehen. Schliesslich ist noch zu erwähnen, dass das schmucke, aus dem Jahre 1730 stammende Haus des «Äusseren Standes» des alten Bern in der Zeughausgasse stilgerecht restauriert worden ist, nachdem es im Jahre 1979 von einer Stiftung aus dem Besitz der Eisenwarenhandlung Christen zurückgekauft worden war. Die Renovationsarbeiten am Zytglogge sind im Frühjahr 1982 an die Hand genommen worden, wodurch allerdings wegen Gerüst und Verschalung dieses weltbekannte Wahrzeichen der Stadt Bern mit seiner Staunen erregenden Uhr von der Kramgasse her während geraumer Zeit nicht mehr betrachtet werden kann.

Hans Rudolf Böckli

Das Fernsighteam besucht einen Schäfer, der als Rechengenie bekannt ist. Ihm wird eine fremde Herde gezeigt, und er soll die Anzahl der Tiere nennen. Der Schäfer wirft nur einen flüchtigen Blick auf die Schafe und sagt: «Es sind genau 856 Schafe!» Die Antwort stimmt, und ein Reporter will wissen, wie er das so schnell herausbekommen hat.

«Ganz einfach», lächelt der Schäfer. «Ich habe die Beine gezählt und durch vier geteilt.»